

Frankfurter Rundschau

Die Frankfurter Rundschau erscheint im Verlag der Frankfurter Rundschau GmbH. Chefredaktion: Arnd Festerling, Bascha Mika, Michael Bayer (Ressortleitung Digital)

Ressortleiter:
Politik/Panorama: Andreas Schwarzkopf
Wirtschaft: Daniel Baumann
Sport: Thomas Vögeler
Feuilleton: Christian Thomas

Frankfurt, Freizeit & Rhein/Main:
Stefan Kuhn, Georg Leppert (Stellv.)
Chefin vom Dienst: Kira Frenk

Leitende Redakteure: Lutz Fischer, Claus-Jürgen Göpfert, Peter Hanack, Pitt von Bebenburg, Jan-Christian Müller
Redaktion: Mainzer Landstraße 205, 60326 Frankfurt am Main, Telefon 069/2199-1

Verlag: Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/2199-1 (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten)

Internet: www.fr-online.de

Geschäftsführer: Hans Homrighausen
Verantwortlich für Anzeigen: Ingo Müller und Jörg Mattautz, Rhein/MainMedia GmbH, Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7501-4000, Telefax (069) 7501-4105
RMM-Anzeigenpreisliste Nr. 19, gültig vom 1. Januar 2014.

Erscheint täglich außer sonn- und feiertags. Monatsbezugspreis Inland: Trägerzustellung und Postbezug im gesamten Bundesgebiet 39,90 Euro; ermäßigter Bezugspreis für Studierende und Auszubildende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 21,90 Euro; alle Preise inkl. 7% Umsatzsteuer. Digitalabonnement 25,90 Euro; ermäßigter Bezugspreis für Studierende und Auszubildende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 21,90 Euro; alle Preise inkl. 19% Umsatzsteuer. Monatsbezugspreis Ausland: auf Anfrage.

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung. Für unverlangte Einsendungen übernehmen wir keine Verantwortung. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller in ihr enthaltenen Beiträge sowie Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung und/oder Verbreitung, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages ist unzulässig und strafbar. Insbesondere ist die Einspeicherung und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer Form vertriebenen Zeitung in Datenbanksystemen ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf.

Gerichtsstand: Frankfurt am Main.

Verleger bis 1973: Karl Gerold.

Die Frankfurter Rundschau GmbH (FR), hat die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der Abonnentendaten und sonstiger personenbezogener Daten aus ihrem Geschäftsbetrieb zu den jeweiligen vertraglichen Zwecken an die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main übertragen. Der Zustelldienst ist an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main und weitere Zustellpartner übertragen, die hierfür von der FR die personenbezogenen Daten der Abonnenten erhalten. Betroffenenrechte wie das Recht auf Auskunft oder Löschung können stets gegenüber der FR geltend gemacht werden.

Die Inhalte dieser Zeitschrift werden in gedruckter und digitaler Form vertrieben und sind aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, sofern sich aus dem Urheberrechtsgesetz nichts anderes ergibt.

© Alle Rechte vorbehalten.

Frankfurter Rundschau GmbH, 2014.

Es ist nicht gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, zu ändern, zu verbreiten, dauerhaft zu speichern oder nachzudrucken. Insbesondere dürfen die Inhalte nicht zum Aufbau einer Datenbank verwendet oder an Dritte weitergegeben werden. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte können unter nutzungsrechte@fr.de oder (069) 7591-2986 erworben werden. Nähere Informationen erhalten Sie unter www.fr-rechte.de.



Die FR im Digitalpaket.

Informieren Sie sich unter www.fr-digital.de

Frankfurter Rundschau



Oscar Argueta aus Honduras erntet Blaubeeren in Deblois, Maine.

DAVE SHERWOOD/RTX

Obama knickt ein

US-Präsident verschiebt Reform der Einwanderungsgesetze

Von Damir Fras

WASHINGTON. Barack Obama läuft Gefahr, die für US-Präsidentenwahlen wichtige Latino-Gemeinde und seine demokratische Partei dauerhaft zu entfremden. Überraschend hieß es am Wochenende aus dem Weißen Haus, der Präsident werde die Einwanderungsgesetze nun doch erst nach den Kongresswahlen Anfang November reformieren. Ende Juni hatte Obama noch versprochen, er werde schon Anfang September handeln und per Dekret möglicherweise Millionen von illegalen Einwanderern ein Bleiberecht in den USA sichern. Doch den Widerstand in der eigenen Partei hatte Obama offenbar unterschätzt.

In den letzten Wahlen bestätigte sich eine einfache Grundregel: Die Latinos in den USA wählen mehrheitlich die Demokraten. So war es bei den Präsidentschaftswahlen 2008 und 2012, als Obama zweimal die Mehrzahl der Stimmen aus der hispanischen Gemeinde bekam. Ein Grund dafür war die Auffassung, dass nur die Demokraten bereit sein würden, das aus der Zeit gefallene Einwanderungsrecht zu modernisieren. Die Republikaner dagegen seien lediglich darauf fixiert, Reformen zu blockieren.

Inzwischen leben mehr als elf Millionen Illegale in den USA, ohne die nach Expertenauffassung

die Volkswirtschaft großen Schaden erleiden würde. Diesen Einwanderern droht jedoch ständig die Abschiebung; Bürgerrechte genießt sie nicht.

Zunächst hatte es tatsächlich den Anschein, als würde Obama liefern. Nach vergeblichen Versuchen, das Einwanderungsrecht durch die beiden Parlamentskammern reformieren zu lassen, handelte er vor gut zwei Jahren eigenmächtig. Über eine Präsidentschaftsverordnung legte er ein Programm auf, dass die Deportation von mehr als 500 000 Immigranten auf unbestimmte Zeit verhin-dert. Dieser Schritt sicherte Obama viele Latino-Stimmen für die Wiederwahl im November 2012.

Aus dem Weißen Haus war über den Sommer hinweg gezielt gestreut worden, dass nun möglicherweise eine noch größere Reform zu erwarten sei. Eine Idee, die offenbar verfolgt wurde: Wer seit einigen Jahren in

den USA lebt und sich an die Gesetze gehalten hat, darf mit einem dauerhaften Schutz vor Abschiebung rechnen. Das könnte bis zu fünf Millionen Einwanderer betreffen, die bislang ohne Papiere in den USA leben.

Selbst am Freitag vergangener Woche erweckte der US-Präsident noch den Eindruck, als stünde eine Entscheidung kurz bevor. Während einer Pressekonferenz zum Ende des Nato-Gipfels in Wales sagte Obama, er werde „schon

sehr bald“ über seine nächsten Schritte befinden. Das klang zwar nicht mehr ganz so eindeutig wie noch einige Wochen zuvor. Aber ein völliger Rückzug war es auch nicht.

Umso überraschender dann am Wochenende die Nachricht, dass die Reform erst einmal verschoben sei. Zahlreiche Demokraten, die sich im November in den Senat oder das Repräsentantenhaus in Washington wählen lassen wollten, hatten die Sommerpause genutzt und Druck auf das Weiße Haus ausgeübt. Sie befürchten, ein Alleingang des Präsidenten zum jetzigen Zeitpunkt könne sie entscheidende Stimmen aus dem Lager der Nicht-Latino-Wähler in ihren Heimatstaaten kosten.

Das hat vor allem mit der Sorge der Demokraten zu tun, demnächst in beiden Parlamentskammern in Washington in der Minderheit zu sein. Sie laufen Gefahr, ihre knappe Mehrheit im Senat zu verlieren. Und weil es als sicher gilt, dass die Republikaner nach der Wahl im November weiterhin das Repräsentantenhaus kontrollieren werden, wäre in diesem Fall der gesamte Kongress in konservativer Hand.

Obama hat sich nun diesem Druck gebeugt und seine Reform verschoben. In Einwanderer-Kreisen hat er sich damit viele Gegner geschaffen, die ihm politisches Taktieren auf Kosten von Menschen vorwerfen. Christina Jimenez, Chefin der einflussreichen hispanischen Lobby-Gruppe „United We Dream“, sagte, man werde „so schnell nicht vergessen“, dass der Präsident und die Demokraten wieder einmal versucht hätten, die Latino-Gemeinde für dumm zu verkaufen.

Die Programmierung von Willkommenskultur beginnt zu einer Willkommensindustrie zu werden. Alle reden von „Willkommenskultur“ – die Integrationsbeauftragten auf kommunaler, Länder- und Bundesebene, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Unternehmen und Unternehmerverbände, Stiftungen und private Agenturen, die dazu ihre „Werkzeugkoffer für Willkommenskultur“ anpreisen.

Willkommenskultur gegenüber Neuzuwanderern predigen heute in salbungsvollem Vokabular auch Politiker, deren Parteien sich jahrzehntlang überboten haben mit schrillen Warnungen vor Zuwanderung. Abwehrbereitschaft wurde beschworen gegenüber den vermeintlich andrängenden „Sozialschmarozern“ aller Länder. Die hätten es abgesehen auf das vermeintliche Sozialparadies in der Mitte Europas, besonders geeignet für ausländische Fautiere im üppigen Baum des deutschen Wohlfahrtsstaates.

Das waren oft giftig populistische, mitunter auch sozial- und kulturassistische Saatbeete für schnellwüchsige und nachhaltige Fremdenfeindlichkeit. In ihrer Folge erleben wir heute bereichsweise den Durchbruch von offenem Rassismus gegenüber Muslimen, Juden, Roma, aber auch Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Willkommenskultur ist in Wahrheit nur Willkommenstechnik

Und jetzt plötzlich „Willkommenskultur“? Schauen wir genauer hin: Im Rechtsrahmen hat sich seit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 Grundlegendes geändert. Aus dem griesgrämigen „Zuwanderungsland“ mit Anwerbestopp als Regel und Zuwanderung als Ausnahme ist ein offenes Einwanderungsland geworden. Es versteht sich auch selber so und verfügt heute über eines der liberalsten Zuwanderungssysteme, vom prekären Asylrecht abgesehen. Und auf die große Torte hat der politische Konditor mit der Sahnespritze das Wort „Willkommen“ gemalt. Willkommenskultur wird dabei oft als Allheilmittel für Probleme der sich entfaltenden Einwanderungsgesellschaft verstanden. In Wahrheit handelt es sich meist nur um Willkommenstechnik. Es geht darum, qualifizierte Zuwanderer als Einwanderer auf Dauer zu bekommen. Sie sollen den wachsenden Druck des demografischen Wandels auf Arbeitsmarkt und Sozialsysteme abfedern.

In Sachen Willkommenstechnik gibt es die vielfältigsten Konzepte und Initiativen für Unternehmen, Ausländerbehörden und Kommunalverwaltungen. Sie sind hilfreich, aber kein Ersatz für Inklusionspolitik im Sinne einer teilhabeorientierten Gesellschaftspolitik als Fundament für Willkommenskultur. Gelebte Willkommenskultur muss mehr sein als eine nette Verbindung

Heute haben Zuwanderer in Deutschland bessere Entwicklungschancen als früher – aber gut sind diese noch nicht

von attraktiver Außenwerbung und freundlichen Begrüßungsritualen im aufgeklärten Eigeninteresse an möglichst qualifizierten Neuzuwanderern. Denn das wäre nichts anderes als jene Willkommenstechnik, die von PR-Agenturen angeboten wird.

Das Gleiche gilt für die neuerdings viel beschworene Anerkennung. Gemeint ist damit meist, im Sinne des Anerkennungsgesetzes zur Fachkräftesicherung von 2012, die Anerkennung des von Migranten mitgebrachten sozialen und kulturellen Kapitals. Im engsten Sinne geht es um die Anerkennung ihrer formalen Abschlüsse und beruflichen Erfahrungen. Auch das ist wichtig und nötig, für sich allein aber nur Anerkennungstechnik und noch keine Anerkennungskultur; denn die darf kein qualifikationsorientiertes Selektionsprogramm sein.

Im Gegensatz zu Willkommens- und Anerkennungstechnik am Hauseingang müssen Anerkennungs- und Willkommenskultur auch das Innenleben im gesellschaftlichen Haus verändern. Das betrifft den Umgang mit der schon seit Generationen im Land lebenden Einwandererbevolkerung, auch wenn sie zum Beispiel muslimisch-türkischer Herkunft ist. Gäbe es schon die viel gerühmte Willkommenskultur auch im Inneren und nicht nur Willkommenstechnik in der plakativen Außenwerbung und am Hauseingang, dann würden nicht so viele hier ausgebildete qualifizierte und hochqualifizierte mit türkischem Migrationshintergrund an Auswanderung in die fremde Heimat ihrer Eltern denken. Sie werden wegen ihrer schon am Namen ablesbaren Herkunft bei der Jobsuche nach wie vor benachteiligt.

Damit nicht genug: In einer schon mehrere Generationen von Einwanderern umfassenden Gesellschaft kann es nicht mehr nur um die Inklusion von Migranten gehen. Es geht um eine teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle, ob nun mit oder ohne den sogenannten Migrationshintergrund, der Einwanderern in diesem Land anhaftet wie ein erbliches Vorstrafenregister. Auch die Mehrheitsbevölkerung muss gesellschaftspolitisch begleitend einbezogen werden im eigenynamischen und unübersichtlichen Wandel zur Einwanderungsgesellschaft. Sonst wächst trotz zunehmender Akzeptanz von Zuwanderung die Zahl derer, die sich als Fremde im eigenen Land übergangen fühlen und sich aggressiv gegen „Überfremdung“ wenden. Deshalb brauchen wir eine für alle tragfähige Inklusi-

ENGAGEMENT

Am heutigen Montag und morgen am Dienstag findet im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg die Tagung „Anerkennung vor Ort – bürgerschaftliches Engagement interkulturell öffnen und stärken“ statt. Das BAMF, dessen Beirat Klaus J. Bade ist, leitet ein bundesweites Großprojekt über „Willkommenskultur“ in zehn Bundesländern.

GASTBEITRAG

Kein Land der Teilhabe

KLAUS J. BADE



WAS IST GERECHT?
Das ist unser Thema.

ANZEIGE

angeboten für alle, unabhängig von der sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft. Es geht nicht um die Illusion gleicher Teilhabe, sondern um das Streben nach möglichst gleichen Teilhabechancen. Erst das böte eine tragfähige Basis für Willkommenskultur.

Über Behördenreformen und Diversity-Konzepte für Unternehmen hinaus ist der Weg zur gelebten Willkommenskultur also noch weit. Eine bloß appel-

lative Willkommenskultur mit einem Mix von kommunikativen Anerkennungs- und Willkommenstechniken ist kein Ersatz für teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik und eher ein aktueller Beitrag zum alten Märchen von des Kaisers neuen Kleidern.

Klaus J. Bade ist Migrationsforscher und Publizist. Er ist Mitgründer des Os-nabrücker „Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien“.